



Newsletter *Bildung, Kinder und Jugend*, Ausgabe 353, 18.06.2010

Obduktionspflicht bei Kindestod?

Rot-Grüne Koalition beschließt zweites Hochschulreformgesetz

Europapolitisches Jugendkonzept für Bremen

***Christopher Street Day*: Benachteiligungen müssen Ende haben**

Obduktionspflicht bei Kindestod?

Mit ethischen und rechtlichen Bedenken behaftet: Mit der Änderung des „Gesetzes über das Leichenwesen“ lag zur Beschlussfassung in erster Lesung die Einführung einer Obduktionspflicht bei Tod von Kleinkindern vor.

Die Gesetzesänderung, so begründet der Senat das Gesetz, erfolge in erster Linie im Zusammenhang mit den Bestrebungen zur Verbesserung des Kindeswohls. Vorrangiges Ziel der Einführung einer Obduktionspflicht für vor Vollendung des 6. Lebensjahres verstorbene Kinder in den Fällen, in denen eine Todesursache nicht erkennbar oder nicht zweifelsfrei bekannt ist, sei – mit der Ergänzung der äußeren durch eine innere Leichenschau – der Schutz von Geschwisterkindern und möglichen zukünftigen Geschwisterkindern. Diese Kinder wären, wenn eine Gewalteinwirkung bei dem verstorbenen Kind festgestellt wird, ebenfalls hochgradig gefährdet.

Doris Hoch, gesundheitspolitische Sprecherin, erläuterte: „Seit der Befassung der Gesundheitsdeputation mit der Gesetzesänderung gab es in Bremen, aber auch in anderen Bundesländern eine breite Debatte über die zukünftige Obduktionspflicht von Kindern. Was sind die Gründe dafür, diese Gesetzesänderung zu machen? Die Problematik ist, dass tödliche Schädigungen auch bei einer sorgfältigen äußeren Leichenschau bei kleinen Kindern nicht immer erkannt werden können. Hier ist beispielhaft das Schütteltrauma zu nennen.“

Die große öffentliche Debatte bei diesem sensiblen Thema zeigt, dass abgewogen werden muss: Werden Grundrechte verletzt, nämlich das Recht des verstorbenen Kindes auf Schutz der Menschenwürde oder das Recht der Angehörigen auf Totenfürsorge? Werden mit diesem Gesetz die Eltern unter Generalverdacht gestellt? Reichen die bestehenden rechtlichen Regelungen nicht doch aus?

„Bei den vielen Stellungnahmen, die mich erreicht haben, haben sich die meisten für die Obduktionspflicht ausgesprochen“, so Hoch. „Trotzdem wollen wir die Argumente noch einmal zusammentragen und Gegnern und Befürwortern die Möglichkeit geben, sich zu äußern. Deshalb werden wir dem Gesetzentwurf in erster Lesung formal zustimmen und ihn in den Rechtsausschuss überweisen.“

Rot-Grüne Koalition beschließt zweites Hochschulreformgesetz

„Ich freue mich, dass wir hier heute das zweite Hochschulreformgesetz beschließen werden“, eröffnete Silvia Schön, für Wissenschaft und Hochschulen zuständig, gestern ihren Redebeitrag, „und damit ein modernes und innovatives Reformwerk auf den Weg bringt, über das wir mehr als zwei Jahre in der Koalition diskutiert haben und alle Fürs und Widers mit den Hochschulen abgewogen haben.“

Die wesentlichen Punkte sind bereits in den Berichten der April-Sitzungen aufgeführt, siehe unter:

http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dok/336/336598.die_sitzungen_im_april_2010.html

Zwischen der ersten und zweiten Lesung hatte sich der Wissenschaftsausschuss mit dem Gesetz befasst. Dort war auch Gelegenheit, Änderungsanträge zu stellen und zu beraten, was CDU und FDP nutzten. Die Fraktion DIE LINKE hingegen legte erst nach der abschließenden Ausschussbefassung sechs umfangreiche Änderungsanträge vor, auf die Silvia Schön in der Debatte einging. „Es ist schade, dass die Linke weder an der Ausschussberatung teilgenommen hat noch dem Ausschuss ihre Anträge zur Beratung zur Verfügung gestellt hat. Dass sie jetzt erst drei Tage vor der abschließenden Beratung mit sechs Anträgen kommen, in denen Sie grundsätzliche Dinge beschließen wollen, zeigt mir nur, dass Sie an einer ernsthaften parlamentarischen Meinungsbildung kein Interesse haben. Sie wollen lediglich, dass Ihre politischen Botschaften, die Sie in den Antragsüberschriften zusammengefasst haben, hier abgelehnt werden. Das ist offenbar für Ihre politische Arbeit sinnvoller, als sich in der Sache im Ausschuss auseinanderzusetzen.“

„Wir werden Ihre Anträge ablehnen, weil

- ein allgemeines politisches Mandat leider rechtlich nicht möglich ist, wenn man die Zwangsmitgliedschaft beibehalten will;
- gegenwärtig alle Bachelor-Studierenden im Master weiterstudieren können, der Antrag also überflüssig ist. Eine Benotung wollen wir per Gesetz nicht ausschließen, denn unbenotet wird faktisch als »4« gewertet. Das bedeutet Nachteile für Studierende bei der Bewerbung an einer anderen Hochschule oder um einen Arbeitsplatz;
- wir tarifliche Vereinbarungen nicht politisch festlegen wollen, dafür gibt es ja Tarifpartner;

- mehr Mitspracherechte für Studierende wollen wir auch, nur die Instrumente, die Sie vorschlagen, sind verfassungsrechtlich nicht möglich;
- und über Rüstungsforschung können wir uns gerne im Ausschuss unterhalten. Da gibt es ein großes Interesse auch von unserer Seite. Aber dann nennen Sie Ross und Reiter. Ich lade dann gerne ein.“

Die grüne Bürgerschaftsfraktion hatte im November 2009 anlässlich des zehnten Jahrestags Bologna-Prozess ein Positionspapier veröffentlicht, das Sie im Anhang finden. Dort sind sechs Punkte aufgeführt, wo wir Nachbesserungsbedarf sehen bzw. gesehen haben.

Europapolitisches Jugendkonzept für Bremen

Die Europäische Union hat in den letzten Jahren ihre Aktivitäten in der Jugendpolitik deutlich verstärkt. Bis 2013 werden ca. 900 Mio. Euro bereitgestellt, um gemeinnützige Vereine, Jugendgruppen und andere Organisationen zu unterstützen. Die Schwerpunkte liegen dabei auf den Bereichen Jugendaustausch, Förderung der Mobilität und Projekten der partizipativen Demokratie.

Die Jugendlichen sollen dazu motiviert werden, ihre Rolle als Bürgerinnen und Bürger Europas wahrzunehmen. Europa soll kein abstraktes Gebilde bleiben, sondern mittels grenzüberschreitender Begegnungen und des Aufzeigens von Teilhabemöglichkeiten einen selbstverständlichen Teil des Alltags bilden. Dabei ist es wichtig, diese Bemühungen in allen relevanten Handlungsfeldern aufeinander abzustimmen. Erfolgreiche Programme wie Erasmus und Leonardo oder der europäische Freiwilligendienst haben schon tausenden junger Frauen und Männer Aufenthalte in Europa ermöglicht. Die Teilhabe und Förderung aller Jugendlichen unabhängig von Herkunft und Geldbeutel muss dabei stets als Grundsatz gelten. Außerdem soll allen Jugendlichen der Zugang zu europapolitischen Jugendprojekten im Sinne des Strukturierten Dialogs mit der Jugend ermöglicht und solche durch Politik und Verwaltung aktiv unterstützt werden.

Hamburg hat im Februar 2010 ein europapolitisches Jugendkonzept vorgelegt. Dieses richtet sich sowohl an Jugendliche und Multiplikatoren als auch an die allgemeine Öffentlichkeit und dient nicht zuletzt den verantwortlichen Behörden um die interne Abstimmung und Kommunikation zu verbessern. Ein solches Konzept würde auch für Bremen Vorteile hinsichtlich der verwaltungsisernen Koordinierung und Öffentlichkeitsarbeit bieten. Das Land Bremen kann damit noch besser junge Frauen und Männer an Europa heranführen und seinen Beitrag zu einer am Bürger/an der Bürgerin orientierten Europäischen Union leisten.

Mustafa Oztürk, jugendpolitischer Sprecher der grünen Bürgerschaftsfraktion: „Aus grüner Sicht bedeutet Jugendpartizipation auch, dass die Auffassungen von Jugendlichen ernst genommen und so weit wie möglich berücksichtigt werden. Das fordern wir auch in unserem rot-grünen Antrag. Um das Interesse unter den Jugendlichen an europäischen Themen zu wecken, gilt es auch, Europa für Jugendliche als politische, wirtschaftliche und soziale Realität in ihrem Lebensumfeld erfahrbar zu machen. Gerade junge Menschen müssen und sollen motiviert und auch unterstützt werden, wenn es darum geht, sich nicht nur Wissen und Kompetenzen in Bezug auf Europa

anzueignen, sondern auch die Chancen und Möglichkeiten der europäischen Einigung für ihren Lebensalltag und ihre Lebensgestaltung aktiv zu nutzen. Für uns Grüne ist ein weiterer Aspekt des europapolitischen Jugendkonzepts von großer Bedeutung, nämlich der integrative Ansatz, der auf die Gleichstellung von Mädchen und Jungen sowie von behinderten und nichtbehinderten Jugendlichen abzielt.“

Christopher Street Day: Benachteiligungen müssen Ende haben

Anlässlich des morgigen Christopher Street Day unter dem Motto ‚Normal ist anders!‘ in Berlin erklärt Björn Fecker, schwulen- und lesbenpolitischer Sprecher der Grünen: „Gleichgeschlechtliche Partnerschaften haben immer noch nicht dieselben Rechte. Hass und Gewalt sind noch längst nicht überwunden. Intersexuelle Menschen leiden weiterhin unter der zwangsweisen Geschlechtsanpassung. Normal ist das alles nicht. Lesben und Schwule brauchen endlich den vollen Grundrechtsschutz. Im Artikel 3 des Grundgesetzes muss klargestellt werden: Niemand darf wegen seiner sexuellen Identität benachteiligt werden.“

So muss beispielsweise mit der Benachteiligung bei der Steuer Schluss sein. Die Grünen fordern, dass gleichgeschlechtliche Partnerschaften auch in punkto Einkommenssteuer die gleichen Rechte wie Eheleute erhalten.

Die Grünen setzen sich zudem für das gemeinsame Adoptionsrecht von gleichgeschlechtlichen LebenspartnerInnen ein. „Wenn gleichgeschlechtliche Paare Pflegekinder erziehen können, warum sollen sie Kinder dann nicht auch adoptieren dürfen? Für diese Benachteiligung gibt es überhaupt keinen sachlichen Grund. Schon heute leben in jeder achten gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaft auch Kinder. Sie erleben Schwule und Lesben als verantwortungsvolle Eltern. Obwohl zwei Personen in diesen Regenbogenfamilien für die Kinder sorgen, werden sie im Vergleich zu Kindern von heterosexuellen Eltern im Unterhalts- und Erbrecht benachteiligt. Das geht nicht: Alle Familien müssen dem Staat gleich viel wert sein“, betont Björn Fecker.

AnsprechpartnerInnen für Nachfragen:



Anja Stahmann, bildungspolitische Sprecherin
anja.stahmann@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-234)



Mustafa Öztürk, kinder- und jugendpolitischer Sprecher
mustafa.oeztuerk@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-249)



Dr. Tobias Erzmänn, Referent für Bildung, Wissenschaft, Kinder und Jugend
tobias.erzmann@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-251)